Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 83 (2003)

Heft: 4

Artikel: Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Politik : die drei Plagen auf dem Arbeitsmarkt

Autor: Berthold, Norbert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166863

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Norbert Berthold, *geboren 1952 in Freiburg, studierte Mathematik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. Nach Promotion und Habilitation war er 1987 bis 1990 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, seit 1990 ist er Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. 2002 wurde Norbert Berthold mit dem Ludwig-Erhard-Preis ausgezeichnet.*

Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Politik

Die drei Plagen auf dem Arbeitsmarkt

Es ist an der Zeit, das überkommene institutionelle Arrangement auf dem Arbeitsmarkt und im Bereich des Sozialen zu beseitigen. Mehr Wohlstand für alle ist nur möglich, wenn der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialen schärfer wird.

Deutschland, das lange beneidete Wirtschaftswunderland der Nachkriegszeit, ist abgebrannt. Als Lokomotive des europäischen Wachstumszuges hat es ausgedient. Es trägt längst die rote Laterne. Ein Vorbild, wie Arbeitslosigkeit niedrig gehalten werden kann, ist es für niemanden mehr. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit nagt vor allem in den neuen Bundesländern auch an der politischen Ordnung. Der deutsche Sozialstaat dient vielen in Europa als Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Er erstickt die wirtschaftliche Initiative. Die föderale Ordnung ist ein Grund für den anhaltenden Reformstau. Sie atmet den restaurativen Geist des Korporatismus, nicht den des innovativen, wettbewerblichen Föderalismus. Niemand spricht mehr von der englischen oder holländischen Krankheit. Deutschland ist zum kranken, alten Mann in Europa geworden.

Deutschland ist ein Sanierungsfall. Das wird nirgendwo so deutlich wie am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf über 4,6 Millionen offen ausgewiesene Arbeitslose angewachsen, die Arbeitsmarktpolitik versteckt weitere 1,8 Millionen. Auch wenn die Politik weismachen will, dass sie gegen die Mächte der Weltwirtschaft auf verlorenem Posten steht, die Misere auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist zuallererst hausgemacht. Die rot-grüne Bundesregierung hat seit 1998 alles getan, den Arbeitsmarkt weiter zu verriegeln, die Tarifpartner verständigten sich auf Lohn- und Tarifabschlüsse jenseits aller ökonomischen Vernunft. Wer das kleine ökonomische Einmaleins beherrscht, weiss, dass unter diesen Umständen ungünstige weltwirtschaftliche Entwicklungen unweigerlich zu noch höherer Arbeitslosigkeit führen.

Das alles ist kein Betriebsunfall; in Deutschland ist der Wurm drin, nicht erst seit heute. Die Arbeitslosigkeit steigt seit über einem Vierteljahrhundert in rezessiven Phasen stärker an als sie in wirtschaftlich guten Zeiten sinkt. Der institutionelle Rahmen, der Deutschland in der Nachkriegszeit wirtschaftlich gross gemacht hat, passt schon lange nicht mehr zur ökonomischen Wirklichkeit. Auf dem Arbeitsmarkt ist der institutionelle *Mismatch* besonders augenfällig. Ob Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt oder weiter dahinsiecht, hängt auch davon ab, ob Reformen angepackt werden, die das Tarifkartell knacken und mehr Wettbewerb zulassen. Die Institutionen müssen der Wirklichkeit angepasst werden, alle Versuche, die Wirklichkeit in das Prokrustesbett der gegenwärtigen ineffizienten Institutionen zu zwängen, sind ein gefährlicher Irrweg.

Das Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt wurde für den industriellen Sektor der unmittelbaren Nachkriegszeit massgeschneidert. Damals war eine fordistische Produktionsweise gang und gäbe, die Massenproduktion dominierte. Die Interessen der Industriearbeitnehmer waren relativ homogen, die der Arbeitgeber ebenfalls. Das erleichterte es beiden, sich zu organisieren. Der industrielle Sektor entwickelte sich zum Eldorado mächtiger Interessengruppen. Bei relativ homogenen Interessen und ähnlicher wirtschaftlicher Entwicklung in einer Branche lagen einheitliche, zentrale Lösungen nahe. Das Tarifkartell, mit dem Flächentarif als Aushängeschild, ist ein Kind dieser Zeit. Ergänzt wird es um ein von den Arbeitsgerichten ökonomisch unsinnig ausgelegtes Günstigkeitsprinzip. Garniert wird das Ganze von der Möglich-

keit der Politik, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Allerdings, die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert. Der Stern des industriellen Sektors sinkt, Dienstleistungen sind überall auf dem Vormarsch. Die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden bunter. Es ist eine organisatorische Revolution im Gange, hierarchische Organisationen sind in der Defensive, flexiblere Formen gewinnen die Oberhand. Ein volatileres wirtschaftliches Umfeld erfordert dezentralere Entscheidungen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber arbeiten dabei Hand in Hand, wenn sie die Verbände nicht daran hindern, von Klassenkampf keine Spur. Arbeitnehmer brauchen umfassendere Fähigkeiten, es wird häufig in Teams gearbeitet. Allgemeine Qualifikationen werden einfachen betriebsspezifischen Kenntnissen vorgezogen. Berufliche Bildung und betriebliche Weiterbildung sind wichtiger denn je.

Ein volatiles wirtschaftliches Umfeld erfordert Institutionen, die möglichst wenig über einen Kamm scheren, es den wirtschaftlichen Akteuren erleichtern, flexibel auf veränderte Gegebenheiten zu reagieren und alles tun, die eigene Verantwortung zu stärken. Deshalb sind die traditionellen Flächentarife reif für das Museum der Industriegeschichte, staatlich verordnete und gewerkschaftlich administrierte bürokratische Formen betrieblicher Mitbestimmung ebenfalls. Betriebliche Bündnisse für Arbeit sind das Gebot der Stunde. Die mündigen Arbeitnehmer in den Betrieben müssen ihr wirtschaftliches Schicksal zusammen mit der Unternehmensleitung selbst in die Hand nehmen können. Verhandlungen über die Höhe und Form der Löhne, den Schutz des Arbeitsplatzes, die Gestalt der Mitbestimmung und die betriebliche Weiterbildung gehören auf die Ebene der Betriebe.

Sozialstaat als Lastesel

Das alles ist nicht im Interesse der Tarifpartner, die seit langem eine Plage für Deutschland sind. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände hängen einer Strategie aus einer längst versunkenen Arbeitswelt nach. Ihre Welt ist die des Korporatismus, wie er zwischen Tarifpartnern und Politik gepflegt wird. Mit dem Bündnis für Arbeit auf zentraler Ebene des Bundes hat dieses Treiben nur einen neuen Namen erhalten. Solche Bündnisse sind einfach gestrickt: Die Tarifpartner schlagen lohn- und tarifpolitisch über die Stränge, die Arbeitslosigkeit steigt. Der Politik hilft, die beschäftigungspolitischen Lasten auf Dritte abzuwälzen. Dabei wird vor allem der Sozialstaat als Lastesel missbraucht. Die Dummen sind primär Arbeitslose und zukünftige Generationen, die über umlagefinanzierte Systeme der Sozialen Sicherung zur Kasse gebeten werden.

Eine radikale Reform ist unvermeidlich, mehr Privatisierung, mehr Äquivalenz, mehr Dezentralisierung sind die Elemente.

Über Löhne und Tarife muss vor Ort in den Betrieben entschieden werden. Das Günstigkeitsprinzip muss vom Gesetzgeber so gefasst werden, dass es den einzelnen Arbeitnehmern möglich wird, mehr Arbeitsplatzsicherheit auch gegen weniger Lohn zu tauschen. Die mündigen Arbeitnehmer sind nicht die Mündel von Gewerkschaften und Arbeitsgerichten. Die Politik darf sich nicht vor den Karren der Interessen von Funktionären der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften spannen lassen. Die Arbeitsgerichte sind durch eindeutige gesetzliche Regelungen in die Schranken zu weisen, sie sind kein Ersatzgesetzgeber.

Allerdings, die deutsche Politik hat weder den Willen noch die Kraft, das Tarifkartell zu knacken. Was auch nur an der wettbewerbsfeindlich ausgestalteten Tarifautonomie kratzt, gilt in Deutschland umstandslos als verfassungswidrig. Und dennoch, die gegenwärtige Macht des Tarifkartells wird erodieren, eher über kurz als lang. Sie wird von der Seite des Sozialen ausgehöhlt. Eine veränderte Altersstruktur und weltweit offenere Märkte werden den gegenwärtig ineffizienten und ungerechten Sozialstaat in seinen Grundfesten erschüttern. Eine radikale Reform ist unvermeidlich, mehr Privatisierung, mehr Äquivalenz, mehr Dezentralisierung sind die Elemente. Damit fällt es aber Tarifpartnern mit der Hilfe der Politik immer schwerer, Verträge zu Lasten Dritter abzuschliessen. Der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wird zunehmen, die Arbeitslosigkeit sinken, der Wohlstand aller steigen. ✦